



## NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Bau  
am 12. Dezember 2023  
Rathaus, Raum 318 (3. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

---

**Vorsitz :**

Christa Gabriel (SPD)

Anwesende Ausschussmitglieder:

siehe Anlage 1

Ferner anwesend:

siehe Anlage 2

Tagesordnung:

siehe Anlage 3

Veröffentlichung:

siehe Anlage 4

**Beginn (öffentlicher Teil):** 17:06 Uhr

**Ende:** 18:57 Uhr

---

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenlisten zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten (DL Nrn. 35/23, 36/23)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigelegt.

Die Sitzung ist gemäß § 88 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt die Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

## Öffentliche Sitzung

Stv. Jacobs entschuldigt

Stv. Kienast-Dittrich entschuldigt, somit ist die Fraktion BLW/ULW/BIG nicht im Ausschuss vertreten

Stv. Dr. Wittkowski vertreten durch Stv. Köhler

Die Niederschrift erfolgt in der Reihenfolge der Einladung zur Sitzung.

## Tagesordnung I

### 0109      Tagesordnung

Der Tagesordnung wird unter Berücksichtigung der folgenden Änderungen zugestimmt:

Der Tagesordnungspunkt 2/II „Masterplan Gesundheitswirtschaft“ (23-V-61-0004) wird von der Tagesordnung abgesetzt und in der nächsten Ausschusssitzung am 30.01.2024 beraten.

Auf Antrag der Fraktion Die Linke werden die folgenden Punkte der Tagesordnung II umgesetzt auf die Tagesordnung I:

1/II Bericht der AG Bezahlbarer Wohnraum und Klima (23-V-51-0046)

3/II            Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Ostfeld - Bericht zum Stand der  
Maßnahme einschließlich aktualisierter Kosten- und Finanzierungsübersicht  
(23-V-61-0061)

Die umgesetzten Punkte werden vor TOP 33/I "Verschiedenes" aufgerufen.

Im Übrigen bleibt die Tagesordnung unverändert.

**Einstimmig**

Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Bau am 12. Dezember 2023

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

0110 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Bau am 17.10.2023

Einstimmig **genehmigt**

0111 21-F-22-0021

Neuaufstellung der Stellplatzsatzung  
- Zwischenbericht des Dezernates V -  
(ehem. Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 30.09.2021 "Wohnraum schaffen durch Ausbau, Aufstockung und Verfahrensbeschleunigung")

Protokollnotiz:

Herr Dr. Hebsaker (Dezernat V) stellt dem Ausschuss den aktuellen Sachstand der Arbeitsgruppe betr. die Überarbeitung der Stellplatzsatzung vor. Hierbei geht er auf die übergeordneten Ziele, PKW-Plätze sowie Rad-Abstellplätze und Anregungen aus dem Ausschuss ein. Das Dezernat strebt die Beschlussfassung der überarbeiteten Stellplatzsatzung im März nächsten Jahres an.

Im Anschluss an die Präsentation erfolgt ein Austausch über u. a. die Themen Fahrradstellplätze, Entsiegelung von Flächen, Nachverdichtung und Mehrfachvergabe.

Stv. Dr. Uebersohn regt an, dass Mobilitätskonzepte nicht als ein Einheitskonzept, sondern unter Berücksichtigung des Mobilitätsverhaltens/Besonderheit eines jeden Stadtteils geplant werden. Der Magistrat sollte möglichst offen für die Konzepte der Investoren sein. Ferner sollten strikte Maßnahmen in Bezug auf die Abweichung von der vorgesehene Stellplatznutzung (Bsp. Zweckentfremdung von Garagen) vorgesehen werden.

Stv. Schob und Stv. Hill betonen, dass die neue Satzung einfach und handhabbar formuliert werden sollte.

Stv. Kraft spricht sich für eine Mobilitätskonzeptlösung aus, die zwar bestimmte Schlüssel für den Bauherren vorgibt (bspw. Abstufung nach verschiedenen Größen) und ggf. eine Öffnungsklausel für eigene Konzepte enthält.

Nach dem Vorbild der Stadt Darmstadt wäre es für Stv. Kraft vorstellbar, dass bei Wohnungen, wo keine Stellplätze vorgehalten werden, dies über einen städtebaulichen Vertrag geregelt werden könne. Entweder bescheinigt die Person, keinen Stellplatz zu benötigen oder, wenn sie im Besitz eines Autos ist, sie verpflichtet sich, einen Platz in der Quartiersgarage anzumieten.

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

Bei der Ausgestaltung der Fahrradstellplätze sollte die Anschließbarkeit beachtet werden; bei der Beschaffenheit von PKW-Plätzen sollen Anreize zur Entsiegelung geschaffen werden.

Stv. Prof. Bretzke betont, dass Fahrradstellplätze eine Qualität für die Nutzer aufweisen müssen, wie guter Witterungsschutz, gute Sicherungsmöglichkeiten und Erreichbarkeit. Die Ergänzung mit PV-Überdachungen wäre wünschenswert.

Herr Dr. Hebsaker betont zum Schluss, dass mit der neuen Stellplatzsatzung keine Stellplätze für PKW verboten werden sollen, sondern man versucht, den Menschen eine Wahlfreiheit zu geben (Stellplätze bauen, ablösen und die Stadt soll sich im weiteren Verlauf kümmern, oder sich selbst um Alternative bemühen). Das Dezernat möchte eine alternative Möglichkeit zum privaten Verkehrsmittel über die geschaffene Verkehrsinfrastruktur aufzeigen.

Die Bürokratie soll mit der Neuaufstellung so weit wie möglich reduziert werden, in dem man bspw. nicht nur Fachgutachten erlaubt oder die Ablöse wahlfrei gestaltet.

Letztlich wird die Satzung im Hinblick auf eine Vollversiegelung mit der Grün- und Freiraumsatzung verzahnt.

Einstimmig (**Kenntnisnahme**)

0112            23-F-63-0016

Zollspeicher Biebrich  
- Aktueller Sachstandsbericht über die Informationsveranstaltung in Biebrich -  
(ehem. Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und Volt)

Protokollnotiz:

Stadtrat Kowol berichtet, dass der Ortsbeirat in den vergangenen Monaten über den Sachstand des Zollspeichers informiert wurde. Der Ortsbeirat fasste den jüngsten Beschluss, dass noch keine finale Entscheidung zu einem Abriss oder Sanierung des Gebäudes getroffen werden konnte. Er greife die Anregung auf, eine Machbarkeitsstudie in Auftrag zu geben, die die wirtschaftlichen Auswirkungen beider Planfälle (Voll-/Teilabriss oder Sanierung und Betrieb) untersuchen soll.

Das Dezernat rechne im ersten oder zweiten Quartal 2024 mit einer endgültigen Entscheidung.

Die Stadt habe bereits über vier Millionen Euro aufgewendet, um in Besitz der Liegenschaft zu kommen. Es sei kein Geld vorgesehen, um mit städtischen Mitteln einen

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

Abriss oder eine Sanierung zu finanzieren. Daher müsste, im Falle einer Folgenutzung, geprüft werden, inwieweit sich die Ertüchtigung wirtschaftlich, ohne Beträge aus dem städtischen Haushalt, darstellen lässt (in etwa bspw. aus Erträgen der Verpachtung).

Stadtrat Kowol betont, dass man möglichst schnell zu einer Entscheidung kommen will und auch die Gestaltung des Außenbereichs zur Steigerung Attraktivität des Rheinufers mit bedenke.

Die Stadt will sich nun die Expertise der Verwaltung und der SEG zu Nutze machen, um eine Entscheidungsgrundlage zu erarbeiten. Anschließend wird dem Stadtplanungsausschuss die Ergebnisse präsentiert. Man plane ferner, unmittelbar vor oder nach der Ortsbeiratssitzung eine Bürgerinformation durchzuführen. Nächste Woche findet ein interner Workshop aller beteiligten Akteure statt, um das weitere Vorgehen abzustimmen.

Einstimmig (**Kenntnisnahme**)

**0113            23-F-22-0035**

Auswirkungen der SIGNA-Insolvenz  
- Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 06.12.2023 -

Stv. Weber beantragt, die Ziffer 2 wie folgt zu ändern:

Der Magistrat wird gebeten,  
(...)

1. das Insolvenzverfahren eng zu begleiten und gegebenenfalls einen Erwerb sowie Finanzierung der Langgasse 5-9 zu prüfen, insbesondere wenn die Liegenschaft Teil der SIGNA-Insolvenzmasse sein sollte.

Stellv. Vorsitzende Andes-Müller beantragt, die Ziffer 3 wie folgt zu ändern:

2. Sollte es zu einem Kauf der Liegenschaft durch die Landeshauptstadt Wiesbaden kommen, ist eine nachhaltige Entwicklung der Liegenschaft voranzutreiben.

Einstimmig **in geänderter Fassung angenommen**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

0114 23-V-61-0024

Aufhebung eines nicht weiterzuführenden Bebauungsplanverfahrens  
Bebauungsplanentwurf "Löwengasse" - Aufhebungsbeschluss

**Einstimmig**

0115 23-V-61-0026

Aufhebung eines nicht weiterzuführenden Bebauungsplanverfahrens  
Bebauungsplanentwurf "Dotzheim - alt" - Aufhebungsbeschluss

**Einstimmig**

0116 23-V-61-0028

Aufhebung eines nicht weiterzuführenden Bauleitplanverfahrens: Änderung des  
Flächennutzungsplans im Planungsbereich "Hasenspitz" und Bebauungsplanentwurf  
"Hasenspitz 2. Änderung" - Aufhebungsbeschluss

**Einstimmig**

0117 23-V-61-0031

Aufhebung eines nicht weiterzuführenden Bebauungsplanverfahrens  
Bebauungsplanentwurf "Dotzheim - Mitte 1. Änderung Pfarrer-Luja-Platz" -  
Aufhebungsbeschluss

**Einstimmig**

0118 23-V-61-0032

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

---

Aufhebung eines nicht weiterzuführenden Bebauungsplanverfahrens  
Bebauungsplanentwurf "Südwestlich der Sommerstraße" - Aufhebungsbeschluss

**Einstimmig**

0119      23-V-61-0033

Aufhebung eines nicht weiterzuführenden Bebauungsplanverfahrens  
Bebauungsplanentwurf "Sauerland 5. Änderung - Amrummer Straße und Spiekerooger  
Straße" - Aufhebungsbeschluss

**Einstimmig**

0120      23-V-61-0034

Aufhebung eines nicht weiterzuführenden  
Bebauungsplanverfahrens Bebauungsplanentwurf "Elsasser Platz" im Ortsbezirk  
Rheingauviertel / Hollerborn - Aufhebungsbeschluss

**Einstimmig**

0121      23-V-61-0035

Aufhebung eines nicht weiterzuführenden Bebauungsplanverfahrens  
Bebauungsplanentwurf "Westliche Innenstadt - Bücherplatz / Elsässerplatz" in den  
Ortsbezirken Rheingauviertel/Hollerborn und Westend - Bleichstraße -  
Aufhebungsbeschluss

**Einstimmig**

0122      23-V-61-0036

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

Aufhebung eines nicht weiterzuführenden Bebauungsplanverfahrens  
Bebauungsplanentwurf "Im Rad" im Ortsbezirk Rheingauviertel/Hollerborn -  
Aufhebungsbeschluss

**Einstimmig**

0123 23-V-61-0037

Aufhebung eines nicht weiterzuführenden Bauleitplanverfahrens: Bebauungsplanentwurf  
"Kleinfeldchen" im Ortsbezirk Rheingauviertel/Hollerborn - Aufhebungsbeschluss

**Einstimmig**

0124 23-V-61-0038

Aufhebung eines nicht weiterzuführenden Bebauungsplanverfahrens,  
Bebauungsplanentwurf "Inneres Westend" im Ortsbezirk Westend -Bleichstraße -  
Aufhebungsbeschluss

**Einstimmig**

0125 23-V-61-0039

Aufhebung eines nicht weiterzuführenden Bebauungsplanverfahrens  
Bebauungsplanentwurf "Alte Kliniken" im Ortsbezirk Mitte - Aufhebungsbeschluss

**Einstimmig**

0126 23-V-61-0040

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

Aufhebung eines nicht weiterzuführenden Bebauungsplanverfahrens  
Bebauungsplanentwurf "Hochstättenstraße" im Ortsbezirk Mitte - Aufhebungsbeschluss

**Einstimmig**

0127 23-V-61-0041

Aufhebung eines nicht weiterzuführenden Bebauungsplanverfahrens  
Bebauungsplanentwurf "Kirchgasse, Faulbrunnenstraße, Schwalbacher Straße,  
Mauritiusstraße" im Ortsbezirk Mitte - Aufhebungsbeschluss

**Einstimmig**

0128 23-V-61-0042

Aufhebung eines nicht weiterzuführenden Verfahrens: Erstellung des Fluchtlinienplans  
"Fluchtlinienplan über die Erbreiterung der Kirchgasse durch einen Laubengang an dem  
Grundstück Kirchgasse 45" im Ortsbezirk Mitte - Aufhebungsbeschluss

**Einstimmig**

0129 23-V-61-0045

Aufhebung eines nicht weiterzuführenden Bebauungsplanverfahrens  
Bebauungsplanentwurf "Bierstadter Straße" in den Ortsbezirken Nordost und Südost -  
Aufhebungsbeschluss

**Einstimmig**

0130 23-V-61-0046

Aufhebung eines nicht weiterzuführenden Bebauungsplanverfahrens

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

Bebauungsplanentwurf "Siegfriedring-Kriemhildenstraße" im Ortsbezirk Südost -  
Aufhebungsbeschluss

**Einstimmig**

0131 23-V-61-0047

Aufhebung eines nicht weiterzuführenden Bebauungsplanverfahrens  
Bebauungsplanentwurf "Neroberg" im Ortsbezirk Nordost - Aufhebungsbeschluss

**Einstimmig**

0132 23-V-61-0048

Aufhebung eines nicht weiterzuführenden Bebauungsplanverfahrens  
Bebauungsplanentwurf "Opelhaus II" im Ortsbezirk Südost - Aufhebungsbeschluss

**Einstimmig**

0133 23-V-61-0049

Aufhebung eines nicht weiterzuführenden Bebauungsplanverfahrens  
Bebauungsplanentwurf "Gartenanlage Nonnentrift" im Ortsbezirk Nordost -  
Aufhebungsbeschluss

**Einstimmig**

0134 23-V-61-0052

Aufhebung eines nicht weiterzuführenden Bebauungsplanverfahrens  
Bebauungsplanentwurf "Steckerloch" im Ortsbezirk Nordost - Aufhebungsbeschluss

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

**Einstimmig**

**0135 23-V-61-0053**

Aufhebung eines nicht weiterzuführenden Bebauungsplanverfahrens  
Bebauungsplanentwurf "Graf-von-Galen-Straße" im Ortsbezirk Klarenthal -  
Aufhebungsbeschluss

**Einstimmig**

**0136 23-V-61-0054**

Aufhebung eines nicht weiterzuführenden Bebauungsplanverfahrens  
Bebauungsplanentwurf "Kureck - 1. Änderung" im Ortsbezirk Nordost -  
Aufhebungsbeschluss

**Einstimmig**

**0137 23-V-61-0055**

Aufhebung eines nicht weiterzuführenden Bebauungsplanverfahrens  
Bebauungsplanentwurf "Mainzer Straße - Bereich B - Multiplexkino" im Ortsbezirk Südost -  
Aufhebungsbeschluss

**Einstimmig**

**0138 23-V-61-0056**

Aufhebung eines nicht weiterzuführenden Verfahrens: Aufhebung des Fluchtlinienplans  
"Wiesbaden 1900 / 17" im Ortsbezirk Nordost - Aufhebungsbeschluss

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

**Einstimmig**

**0139 23-V-61-0057**

Aufhebung eines nicht weiterzuführenden Bebauungsplanverfahrens  
Bebauungsplanentwurf "Gartenanlage Hasengarten" im Ortsbezirk Südost  
- Aufhebungsbeschluss

**Einstimmig**

**0140 23-V-61-0058**

Aufhebung eines nicht weiterzuführenden Bebauungsplanverfahrens  
Bebauungsplanentwurf "Hessischer Landtag" im Ortsbezirk Mitte  
- Aufhebungsbeschluss

**Einstimmig**

**0141 23-V-61-0064**

Bebauungsplan "Östlich der Rheintalstraße" im Ortsbezirk Dotzheim -  
Aufstellungsbeschluss -

**Einstimmig**

**0142 Verschiedenes**

Protokollnotiz:

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

---

Herr Kötschau (Dezernat I) informiert die Ausschussmitglieder über den Zustand des alten Carl-von-Ossietzky-Schulgebäudes. Nach den Bränden strebe man weiterhin den Erhalt des Gebäudes bzw. Teile des Gebäudes an, um, im Rahmen der Einsparung von CO<sub>2</sub> beim Neubau, entsprechende Fortschritte zu erzielen. Je nach Größe des Erhalts könnten hier 800 bis 1600 Tonnen CO<sub>2</sub> eingespart werden.

Durch die Brände sind Schadstoffe freigesetzt. Ein Schadstoffgutachter sei momentan zugange und kann voraussichtlich Mitte Januar erste Ergebnisse liefern. Anschließend müsse die Verwaltung das Gebäude, im Verhältnis zum Schaden, neu bewerten.

Zur Verhinderung von weiterem Vandalismus stehen die beteiligten Ämter in engem Kontakt mit der Feuerwehr und der Polizei. Man führe auf dem Gelände mehrfach am Tag Begehungen durch, um ein unbefugtes Eindringen zu verhindern. Die Polizei hat den Einsatz von einer Videoüberwachung mit KI empfohlen. Hier erwarte man im Laufe der Woche entsprechende Angebote, um anschließend das weitere Vorgehen abzustimmen.

Zeitgleich läuft für das Gelände ein Wettbewerbsverfahren. Dies wurde in der Hessischen Ausschreibungsdatenbank nun veröffentlicht.

## Tagesordnung II

0143      23-V-51-0046

Bericht der AG Bezahlbarer Wohnraum und Klima

Der Tagesordnungspunkt wird auf Antrag der Fraktion Die Linke auf die Tagesordnung I umgesetzt.

### Protokollnotiz:

Stv. Forßbohm moniert den Bericht der Sitzungsvorlage und sieht in Zusammenhang mit dem Punkt 3/II („Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Ostfeld“) einen Widerspruch.

In dem Bericht fehlt laut Stv. Forßbohm die Prüfung zu den folgenden Fragen:

- Wie kann man Belegungsrechte erwerben, bzw. zurückbekommen?
- Wie kann man freifinanzierte Wohnungen der städtischen Gesellschaften, die etwa durch einen Mieterwechsel frei werden, wieder als geförderte Wohnung umwandeln?

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

- Wie können Wohnungen, bei denen eine Förderung ausläuft, in eine (weitere) Förderung zurückgeführt werden?

Die Berechnungen zur Bewertung von klimagerechtem Bauen sind laut Stv. Prof. Bretzke im Anhang der Sitzungsvorlage im Detail nicht nachvollziehbar. Diese gehen offensichtlich von Vollkostenbetrachtungen aus, welche überschlägig einer anstehenden Sanierung der entsprechenden Gebäudeteile entsprechen und nicht ansatzweise in der Höhe als energiebedingte Modernisierung auf die Miete umgelegt werden können.

Protokollnotiz der Fraktion Die Linke:

Die LINKE betrachtet den Bericht als unzureichend in Bezug auf die Prüfung von Möglichkeiten zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum.

getrennte Abstimmung der Ziffer 2.3 auf Antrag der CDU-Fraktion:

**Ziffer 1 bis Ziffer 2.2 - einstimmig**

**Ziffer 2.3 - gegen CDU, FDP, AfD**

somit wird die Sitzungsvorlage **in allen Teilen beschlossen**

0144 23-V-61-0004

Masterplan Gesundheitswirtschaft

Die Sitzungsvorlage wird von der Tagesordnung abgesetzt und **auf die nächste Ausschusssitzung am 30.01.2024 verschoben** (einstimmig)

0145 23-V-61-0061

Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Ostfeld - Bericht zum Stand der Maßnahme einschließlich aktualisierter Kosten- und Finanzierungsübersicht

Protokollnotiz:

Der Tagesordnungspunkt wird auf Antrag der Fraktion Die Linke auf die Tagesordnung I umgesetzt (s. PN unter BP 0143)

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

---

Protokollnotiz der Fraktion Die Linke:

Die LINKE Stadtfraktion lehnt die Kenntnisnahme wegen des ungelösten Widerspruchs der Zielvorstellung, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und der immensen Höhe der Kostenschätzungen in der aktualisierten Kosten- und Finanzierungsübersicht ab.

**gegen Die Linke**

**0146      23-V-61-0063**

Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Gestaltungs- und Denkmalbeirats am 13.09.2023

**Einstimmig (Kenntnisnahme)**

**0147      23-V-66-0004**

Bierstadt Nord - Städtebaulicher Vertrag - Mehrkosten

**Einstimmig**

## **Tagesordnung II - nichtöffentliche Vorlagen**

**0148      23-V-23-0103**

Verzeichnis der vom 1. Januar 2023 bis 30. Juni 2023 genehmigten Grundstücksgeschäfte

**Einstimmig**

**Anlagen**

Seite 16 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Bau  
am 12. Dezember 2023

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

---

Wiesbaden, .12.2023

**Vorsitzende**

**Schriftführerin**

Christa Gabriel

Gabriella Wenzel